

Tucci, Ingrid; Wagner, Gert G.

Article

Einkommensarmut bei Zuwanderern überdurchschnittlich gestiegen: Armut häufig mit Unterversorgung in anderen Lebensbereichen gekoppelt

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Tucci, Ingrid; Wagner, Gert G. (2005) : Einkommensarmut bei Zuwanderern überdurchschnittlich gestiegen: Armut häufig mit Unterversorgung in anderen Lebensbereichen gekoppelt, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 72, Iss. 5, pp. 79-86

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151354>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Einkommensarmut bei Zuwanderern überdurch- schnittlich gestiegen

Armut häufig mit Unterversorgung in anderen
Lebensbereichen gekoppelt

Ingrid Tucci
itucci@diw.de

Gert G. Wagner
gwagner@diw.de

Die ökonomische Lage der in Deutschland lebenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat sich von 1998 bis 2003 relativ verschlechtert; unter den Zuwanderern ist der Anteil der in Armut Lebenden überdurchschnittlich gestiegen. Besonders hoch ist die Betroffenheit von Armut bei den Älteren und Jüngeren. Das vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhobene Sozio-oekonomische Panel (SOEP) zeigt, dass im Jahre 2003 28 % der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Alter von unter 20 Jahren in prekären Verhältnissen lebten. Bei den gleichaltrigen „Einheimischen“ waren es deutlich weniger, wenngleich mit 20 % ebenfalls beunruhigend hoch. Vor allem Bürger türkischer Herkunft sind häufig von Einkommensarmut betroffen. Dagegen leben Migranten aus westlichen Ländern vergleichsweise selten in Armut. Eingebürgerte schneiden im Durchschnitt besser ab als Ausländer; dies gilt allerdings nicht für Aussiedler. Überaus bedenklich ist, dass Armut für viele Zuwanderer nicht ein vorübergehendes Phänomen, sondern ein dauerhafter Zustand ist. Dieses Problem kann langfristig nur durch bessere Bildung und Ausbildung gelöst werden.

Mit der Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland, der Aufnahme von Flüchtlingen und der Rückkehr von (Spät-)Aussiedlern aus den Gebieten des ehemaligen Ostblocks kam es in Deutschland in den letzten 50 Jahren zu großen Zuwanderungswellen; heute leben nach amtlichen Angaben mehr als 7 Mill. ausländische Staatsbürger und über 4 Mill. Aussiedler in Deutschland. Nach wie vor besteht ein Wanderungsüberschuss, doch hat sich dieser in den letzten Jahren deutlich verringert.¹

Zuwanderer sind überproportional von Armut betroffen

Von der Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse sind Zuwanderer² im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung in überdurchschnittlichem Maße betroffen (zur Definition der Bevölkerungsgruppen siehe Kasten 1).

¹ Im Jahre 2001 lag der Wanderungsüberschuss bei 188 000; nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren es 2004 nur noch 70 000 bis 80 000.

² Zur besseren Lesbarkeit wird der Begriff „Zuwanderer“ oder „Migrant“ angewendet, obwohl es sich bei dieser Kategorie sowohl um Personen handelt, die nach Deutschland immigriert sind, als auch um solche, die in Deutschland geboren sind und entweder eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen oder in Haushalten mit Zuwanderern leben. Zudem umfasst dieser Begriff Frauen wie Männer.

72. Jahrgang/2. Februar 2005

1. Bericht

Einkommensarmut bei Zuwanderern
überdurchschnittlich gestiegen

Seite **79**

Kasten 1

Definition der Bevölkerungsgruppen

Wenn nicht anders vermerkt, beziehen sich die Auswertungen auf die *Bevölkerung mit Migrationshintergrund*, d. h. auf alle Personen, die in Haushalten leben, in denen mindestens ein Zuwanderer oder eine in Deutschland geborene, mindestens 16 Jahre alte Person mit ausländischer Staatsbürgerschaft lebt. Aufgrund der Vielfalt der Zuwandererbevolkerung und der Migrationsbedingungen ist es für einige Analysen notwendig, Merkmale zur Herkunft heranzuziehen. In diesem Fall handelt es sich um individuelle Merkmale, etwa die Staatsbürgerschaft, den Geburtsort oder den Einbürgerungsstatus, wobei der Haushaltskontext nicht berücksichtigt wird.

Als *gemischte Haushalte* werden solche Haushalte bezeichnet, in denen mindestens eine Person mit Migrationshintergrund mit einer in Deutschland geborenen Person deutscher Staatsangehörigkeit lebt. In *Zuwandererhaushalten* leben dementsprechend nur Zuwanderer oder Ausländer, die in Deutschland geboren sind. Analog leben in „deutschen“ Haushalten nur Einheimische.

Die sogenannte *zweite Generation*¹ bilden Personen unter 36 Jahren, die eine ausländische Staatsbürgerschaft haben und in Deutschland geboren sind. Sie schließt weiterhin die Kinder ein, die in Deutschland geboren sind – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft – und in Zuwandererhaushalten leben.

Zuwanderer in Heimen oder Auffanglagern und Zuwanderer, die illegal in Deutschland leben, sind in den Analysen nicht enthalten. Letztere sind von zentralen Ressourcen – dazu gehört insbesondere die Arbeitserlaubnis – ausgeschlossen, was möglicherweise erhebliche Auswirkungen auf ihre ökonomische Lage hat.²

¹ Zu dem in diesem Bericht verwendeten Begriff der *zweiten Generation* werden auch alle nachfolgenden Generationen gezählt.

² Vgl. Karen Schönwalder et al.: Migration und Illegalität in Deutschland. AKI-Forschungsbilanz 1 (2004), Wissenschaftszentrum Berlin, www.wz-berlin.de/zkd/aki/publications.de.htm.

Von 1998 bis 2003 hat sich die ökonomische Lage der Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland insgesamt verschlechtert. Lebten im Jahre 1998 19 % der Zuwanderer in Einkommensarmut,³ waren es fünf Jahre später bereits 23 %. Der entsprechende Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund (Referenzpopulation) stieg lediglich von 12 % auf 14 % (Tabelle 1). Der Verlauf zeigt, dass die Armutsquote hauptsächlich bei den Zuwanderern auf konjunkturelle Schwankun-

gen reagiert.⁴ Im Aufschwung bis 2000 ging sie relativ stark zurück, um dann in der folgenden gesamtwirtschaftlichen Schwächephase kräftig zu steigen. Arbeitslose Zuwanderer tragen ein besonders hohes Armutsrisiko. Nach den SOEP-Ergebnissen lebten im Jahre 2003 mehr als 45 % von ihnen unter der Armutsgrenze; etwas geringer war der Anteil bei den Einheimischen mit 37 % (tabellarisch nicht dargestellt).

Frauen haben ein im Durchschnitt höheres Armutsrisiko als Männer. Dies gilt sowohl für die Mehrheitsbevölkerung als auch für die Zuwanderer. Migrantinnen weisen in allen Beobachtungsjahren die höchste Armutsquote auf. 24 % von ihnen lebten im Jahre 2003 unterhalb der Armutsgrenze, bei den einheimischen Frauen waren es 16 %. Die hohe Armutsquote bei den Migrantinnen hängt vor allem mit deren geringer Erwerbsbeteiligung zusammen; bei den Frauen in der Referenzpopulation spielt der hohe Anteil von Rentnerinnen mit geringem Einkommen sowie vor allem von Alleinerziehenden eine Rolle.

Tabelle 1

Armutsquote¹ bei Einheimischen und Zuwanderern 1998 bis 2003 nach dem Geschlecht

In % der jeweiligen Gruppe

	Insgesamt	Mehrheitsbevölkerung	Zuwanderer	Mehrheitsbevölkerung		Zuwanderer	
				Frauen	Männer	Frauen	Männer
1998	13	12	19	14	9	21	16
1999	12	11	17	13	9	19	14
2000	12	12	16	14	9	18	14
2001	13	12	21	14	10	22	19
2002	15	13	23	15	11	26	20
2003	15	14	23	16	11	24	21

¹ Bezogen auf das Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen des Vorjahres, neue OECD-Skala, gewichtet.

Quellen: SOEP 1998 bis 2003 (1998: ohne E-Stichprobe, 2000: ohne F-Stichprobe, 2002 und 2003: ohne G-Stichprobe); Berechnungen des DIW Berlin.

³ Die für die Berechnungen zugrunde gelegte Armutsdefinition entspricht dem Grundsatz des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung; zu den hier verwendeten Begriffen *Einkommen* und *Armut* siehe Kasten 2.

⁴ Vgl. auch Joachim Frick et al.: Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 4/2005.

Kasten 2

Einkommen und Armut: Definitionen und Methoden

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte Wiederholungsbefragung der Wohnbevölkerung in Deutschland.¹ Im Einzelnen liegen diesem Bericht folgende Definitionen und Variablen zugrunde:

- Alle Einkommensangaben werden in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene; repräsentiert wird die gesamte in privaten Haushalten lebende Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (z. B. in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.
- Als einkommensarm gilt, wer unter die Armutsgrenze fällt. Diese liegt nach einer europäischen Konvention bei 60 % des Medians der jährlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (auf der Basis von Gesamtdeutschland). Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung werden mithilfe von Pro-Kopf-Bedarfsgewichten vergleichbar gemacht.
- Die Bedarfsgewichte für die Berechnung von Äquivalenzeinkommen entsprechen der neuen OECD-Skala. Der Haushaltsvorstand erhält ein Gewicht von 1, jede weitere erwachsene Person von 0,5 und jedes Kind von 0,3. Als Kind gilt, wer das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.
- Der Anteil der Personen, die mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben, wird als Armutsquote bezeichnet (ARPR – At-Risk-of-Poverty Rate). Sie ist der erste Primärindikator von insgesamt 18 sogenannten Laeken-Indikatoren, die von der EU im Rahmen der nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut eingesetzt werden. Die Laeken-Indikatoren wurden im Zusammenhang mit der Erstellung von nationalen Aktionsplänen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa entwickelt und werden inzwischen jährlich für jedes EU-Mitgliedsland errechnet.² Die in diesem Bericht³ angewandten Messverfahren werden im Wesentlichen auch im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung berücksichtigt.⁴

¹ Vgl.: The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years – Overview. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 70, Nr. 1, 2001, S. 7–14.

² Vgl. Tony Atkinson, Bea Cantillon, Eric Marlier und Brian Nolan: Social Indicators. The EU and Social Inclusion. Oxford und New York 2002.

³ Vgl. auch Joachim F. Frick et al.: Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 4/2005.

⁴ Die dort vorgenommenen Berechnungen beruhen auf verschiedenen Datenquellen. Auf dem SOEP basierende Auswertungen im Armuts- und

Reichtumsbericht gehen ebenfalls vom jahresbezogenen Einkommenskonzept aus. In Erweiterung zum Laeken-Konzept werden bei den Berechnungen für den Armuts- und Reichtumsbericht auch Einkommensvorteile bei selbst genutztem Wohneigentum („imputed rent“) berücksichtigt. Zudem gehen bei den Haushaltsmarkteinkommen auch die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber sowie fiktive Zuschläge für den geldwerten Vorteil der Beamtenversorgung ein; allerdings werden private Transfers und Privatrenten in diesem Konzept nicht den Markteinkommen zugeschlagen.

Anstieg der Armut insbesondere bei älteren und jüngeren Zuwanderern

Insbesondere viele der älteren Zuwanderer leben in prekären finanziellen Verhältnissen. Von 1998 bis 2003 ist die Armutsquote der über 60 Jahre alten Migranten drastisch gestiegen; inzwischen ist dies die am stärksten von Armut betroffene Gruppe (Abbildung 1). Dabei handelt es sich in der Regel um Migranten, die in den 60er und 70er Jahren ihren Lebensmittelpunkt nach Deutschland verlagert haben und hier mittlerweile im Ruhestand leben. Aufgrund unvollständiger Erwerbsbiographien, niedriger Erwerbseinkommen und somit geringer Rentenansprüche und Vermögen stehen ihnen nur unterdurchschnittliche Alterseinkommen zur Verfügung.⁵ Ebenfalls hoch ist das Armutsrisiko bei den unter 40-Jährigen. Im Zeitvergleich zeigt sich insbesondere bei jungen Erwachsenen (21 bis 40 Jahre alt) eine deutliche Zunahme der Armutsquote.

Bei der zweiten Generation (bis 35 Jahre alt) lebte im Jahre 2002 jede dritte Person in Armut (Tabelle 2). In derselben Altersgruppe der Referenzpopulation war es jeder Sechste. Gerade die zweite Generation war von der Zuspitzung der Lage auf dem Arbeitsmarkt betroffen. Entsprechend sind die Chancen für die zweite Generation, wohlhabenden Haushalten anzugehören, minimal. Nur 3 % verfügten 2002 über 150 % und mehr des Medians der Haushaltseinkommen; in der Referenzpopulation waren es fast sechsmal so viele.

Einbürgerung und ökonomische Position

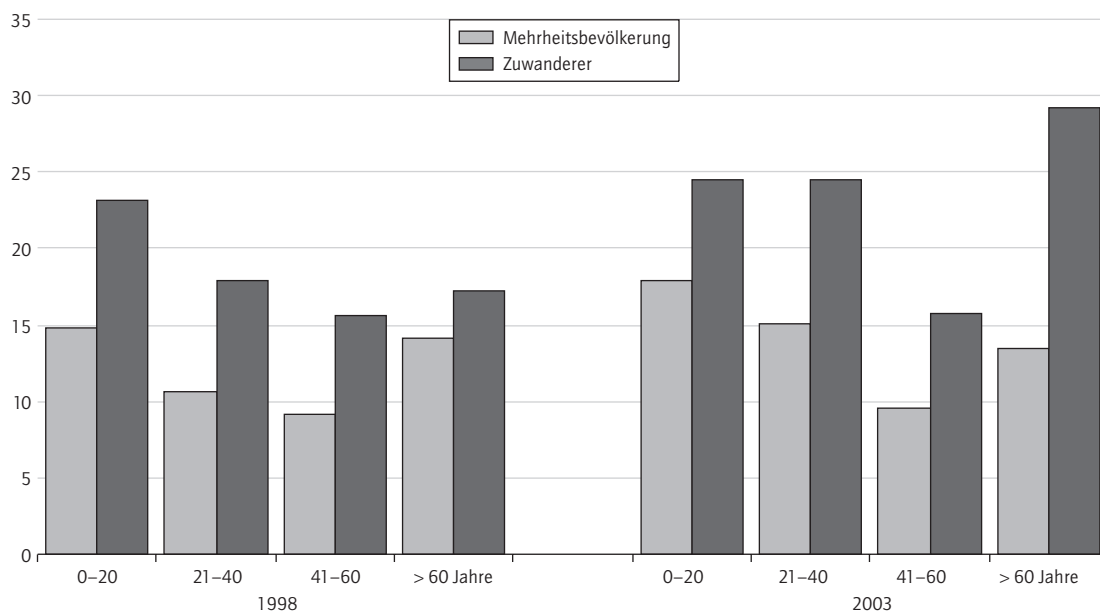
Mit der jüngsten Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, das 2000 in Kraft getreten ist, wurde die

⁵ Zum Einkommen älterer Migranten siehe Robert L. Clark und Anne York: Income Security of Elderly Migrants in Germany. In: Schmollers Jahrbuch 120, 2000, S. 275–289.

Abbildung 1

Armutsquoten¹ bei Zuwanderern und Einheimischen 1998 und 2003 nach Altersgruppen

In % der jeweiligen Gruppe



¹ Bezogen auf das Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen des Vorjahres, neue OECD-Skala, gewichtet.

Quellen: SOEP 1998 und 2003 (1998: ohne E-Stichprobe, 2003: ohne G-Stichprobe); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Tabelle 2

Einkommen,¹ Armut und Wohlstand im Jahre 2002

	Einkommens- median in Euro	60 % des Medians in % der jeweiligen Gruppe	150 % des Medians und mehr in % der jeweiligen Gruppe	Alter 25 Jahre und mehr	Alter 65 Jahre und mehr
Deutsche Staatsbürger					
Gebürtige Deutsche	16 391	13	23	11	23
Aussiedler	12 863	25	10	20	14
Eingebürgerte	14 208	18	21	10	20
Eingebürgerte aus westlichen Ländern ²	(16 609)	(16)	(32)	(1)	(21)
Eingebürgerte aus nichtwestlichen Ländern	13 882	19	18	12	20
Ausländische Staatsbürger	12 685	25	10	16	9
Ausländer aus westlichen Ländern ²	16 161	11	22	11	13
Ausländer aus nichtwestlichen Ländern	11 728	32	5	18	7
Nachrichtlich (unter 35-Jährige):					
Zweite Generation	11 364	33	3	.	.
Referenzkategorie	15 335	16	17	.	.

(.) n kleiner als 100.

¹ Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen des Vorjahres, neue OECD-Skala, gewichtet.

² EU-15- und andere westliche Industrieländer.

Quellen: SOEP 2002 (ohne G-Stichprobe); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

„Ius Soli“-Regelung für in Deutschland nach dem 1. Januar 2000 geborene Kinder ausländischer Eltern eingeführt.⁶ Zudem wurden die Einbürgerungskriterien reformiert. Ob Einbürgerung die

wirtschaftliche Situation verbessert, kann hier nicht beantwortet werden. Die Ergebnisse zeigen

⁶ Bis dahin galt nur das Prinzip der Abstammung (Ius Sanguinis).

lediglich, dass sich die finanzielle Lage von Eingebürgerten, Ausländern und gebürtigen Deutschen voneinander unterscheidet.

Nach den SOEP-Daten lebten im Jahre 2002 18 % der eingebürgerten Personen in Armut. Ihre Armutsquote lag zwar deutlich über der von Ausländern aus westlichen Ländern (11 %) und von Einheimischen (13 %), war aber erheblich geringer als bei Aussiedlern (25 %) und Ausländern aus nicht-westlichen Ländern (32 %). Hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit, ein hohes Einkommen zu erzielen, unterscheiden sich Eingebürgerte nur wenig von Einheimischen und Ausländern aus westlichen Staaten, aber wiederum sehr stark von Aussiedlern und Ausländern aus nichtwestlichen Ländern.⁷

Zuwanderer, die mit Einheimischen zusammenleben, sind in einer günstigeren Lage

Das Zusammenleben mit Einheimischen kann sich positiv auf die soziale Integration von Zuwanderern auswirken. Sprachkompetenzen werden ausgebaut und soziale Netzwerke aufgebaut. Außerdem dürften Zuwanderer, die über mehr Informationen verfügen, ihre Chancen besser erkennen und nutzen. Die Ergebnisse in Tabelle 3 zeigen,

Tabelle 3

Einkommen,¹ Armut und Wohlstand 1998 und 2003 nach Haushaltstypen

	Einkommens- median in Euro	60 % des Medians in % der jeweiligen Haushalte	150 % des Medians und mehr in % der jeweiligen Haushalte
1998			
Deutsche Haushalte	15 365	10	20
Gemischte Haushalte ²	15 224	12	17
Zuwandererhaushalte ³	11 873	21	5
2003			
Deutsche Haushalte	17 048	12	22
Gemischte Haushalte ²	16 389	11	18
Zuwandererhaushalte ³	12 306	29	7

() n kleiner als 100.

¹ Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen des Vorjahres, neue OECD-Skala, gewichtet.

² Haushalte, in denen Zuwanderer mit in Deutschland geborenen Personen deutscher Staatsangehörigkeit zusammenleben.

³ Haushalte, in denen nur Zuwanderer leben.

Quellen: SOEP 1998 und 2003 (1998: ohne E-Stichprobe, 2003: ohne G-Stichprobe); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

dass es deutliche Unterschiede zwischen Personen in gemischten Haushalten und solchen in Zuwandererhaushalten gibt.⁸

Alle Bevölkerungsgruppen hatten von 1998 bis 2003 einen Anstieg ihres Medianeinkommens zu verzeichnen. Am niedrigsten fiel er freilich bei den Personen in Haushalten aus, in denen nur Zuwanderer lebten (mit einem Plus von 4 % gegenüber 8 % bei Personen in gemischten Haushalten und 11 % bei Personen in deutschen Haushalten). Weiterhin hatten Personen in gemischten Haushalten in beiden Jahren ein deutlich niedrigeres Armutsrisiko als diejenigen, die in Zuwandererhaushalten lebten (1998: 12 % gegenüber 21 %, 2003: 11 % gegenüber 29 %). 1998 war der Anteil an wohlhabenden Personen (150 % und mehr des Medians der Nettohaushalteinkommen) in gemischten Haushalten mehr als dreimal so hoch wie in Zuwandererhaushalten; bis 2003 verringerte sich dieser Abstand jedoch etwas.⁹ Bemerkenswert ist, dass sich die gemischten Haushalte weder bei der Armuts- noch bei der Wohlhabenheitsquote von den deutschen Haushalten signifikant unterscheiden.

Starke auf Herkunft basierende Polarisierung

Um die gesamte Verteilung der Einkommen zwischen den verschiedenen Herkunftsgruppen vergleichen zu können, wird die Gesamtbevölkerung nach der Höhe der Einkommen geordnet und in fünf gleich große Gruppen aufgeteilt (sog. Einkommensquintile).

Die Unterschiede zwischen Herkunftsgruppen und zwischen Herkunftsregionen sind erheblich (Abbildung 2). Mehr als die Hälfte der Zuwanderer aus Drittländern und über 40 % der Migranten aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien

⁷ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich die Lage der Ausländer schlechter darstellt, wenn Analysen allein nach dem Kriterium der Staatsbürgerschaft durchgeführt werden. Dies trifft dann zu, wenn die ökonomisch erfolgreichsten Ausländer eingebürgert und folglich nicht mehr den Ausländern zugeordnet werden. Vgl. dazu Kurt Salentin und Frank Wilkeng: Ausländer, Eingebürgerte und das Problem einer realistischen Zuwanderer-Integrationsbilanz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 55, Heft 2, 2003, S. 278–298. Zudem ist dieses Bild stark von der jahrzehntelangen Anwendung des alten Staatsbürgerschaftsrechts geprägt.

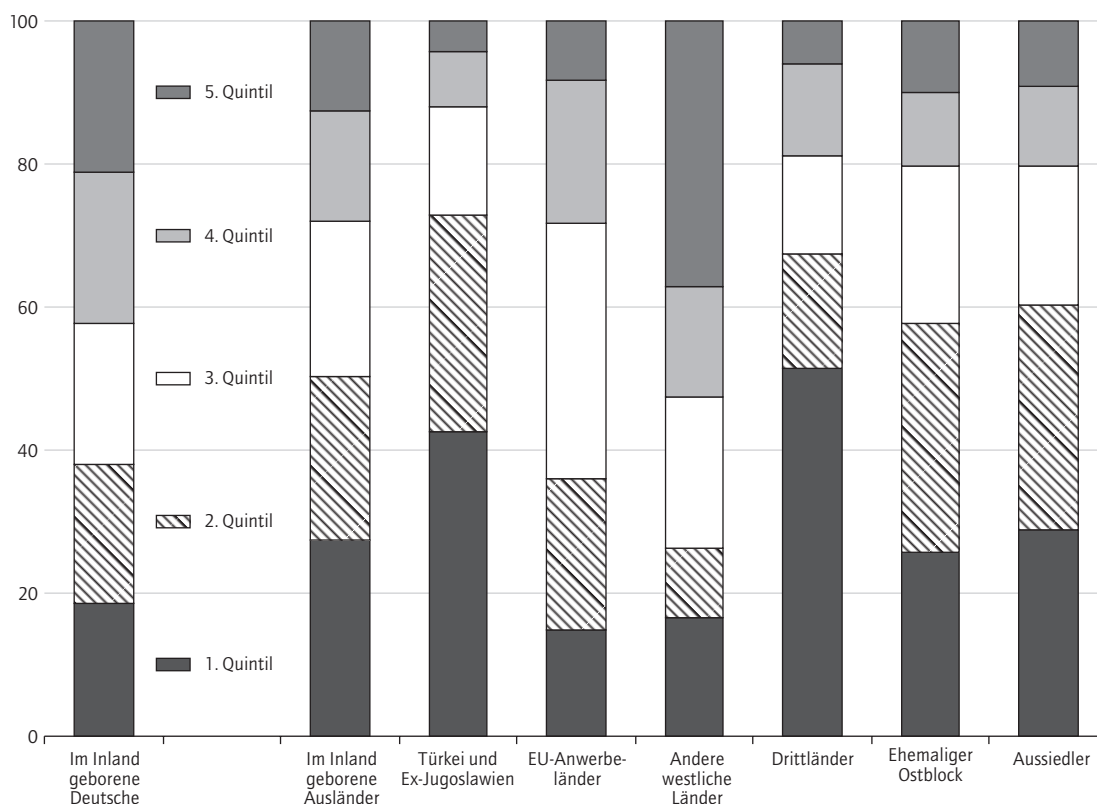
⁸ Auch hier sind die Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren, da keine Aussage darüber gemacht werden kann, ob das Zusammenleben mit Einheimischen die Ursache für oder die Konsequenz von besserer Integration ist. Es ist jedoch festzuhalten, dass die kulturelle Mischung einen angemessenen Indikator für die Integration von Zuwanderern und die Akzeptanz der Einheimischen gegenüber Zuwanderern darstellt.

⁹ Die Unterschiede zwischen deutschen und Zuwandererhaushalten sowie zwischen Zuwanderer- und gemischten Haushalten sind statistisch signifikant.

Abbildung 2

Einkommensverteilung¹ im Jahre 2003 nach Zuwanderergruppen

In %



¹ Bezogen auf das Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen des Vorjahres, neue OECD-Skala, gewichtet.

Quellen: SOEP 2003 (ohne G-Stichprobe); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

haben Einkommen im niedrigsten Quintil; bei Letzteren gehören nur 4 % dem obersten Einkommensfünftel an. Am besten schneiden die Zuwanderer aus westlichen Ländern ab, wobei dies aber nur auf jene zutrifft, die nicht aus den ehemaligen Anwerbeländern kommen.¹⁰ Während sich Erstere zu fast zwei Fünfteln im obersten Einkommensquintil befinden, ist es bei den Zuwanderern aus den ehemaligen Anwerbeländern nicht mal ein Zehntel. Die Einkommen der Aussiedler sind zwar gleichmäßiger verteilt als die der Zuwanderer aus nicht-westlichen Ländern; jedoch machen die Ergebnisse deutlich, dass viele von ihnen trotz des Besitzes der Staatsbürgerschaft in prekären ökonomischen Verhältnissen leben. In Deutschland geborene Ausländer sind im oberen Bereich der Einkommensverteilung weitaus günstiger positioniert als andere Zuwanderergruppen, was u. a. auf die Altersstruktur und die relativ hohe Erwerbsbeteiligung zurückzuführen ist.¹¹

Armut ist für viele Zuwanderer ein dauerhafter Zustand

Der Unterschied in den Einkommenspositionen zwischen Zuwanderern aus westlichen und nicht-westlichen Ländern bleibt insbesondere auch dann bestehen, wenn die Verfestigung von Armut im Zeitverlauf analysiert wird (Tabelle 4). Der Anteil der Zuwanderer aus westlichen Ländern, die im Beobachtungsjahr und in den drei Jahren davor in Armut lebten, gleicht etwa dem Anteil der Einheimischen und lag im Zeitraum 1998 bis 2003 bei durchschnittlich 7 %. Zuwanderer aus nichtwestlichen Ländern leben im Durchschnitt dagegen

¹⁰ Die klassischen EU-Anwerbeländer sind Italien, Spanien, Portugal und Griechenland.

¹¹ Die in Deutschland geborenen ausländischen Befragten sind im Durchschnitt 28 Jahre alt, während das durchschnittliche Alter für die anderen Gruppen zwischen 40 und 50 Jahren liegt. Zudem sind 67 % von ihnen erwerbstätig. Zur Einkommenssituation diverser Migrantengruppen vgl. Felix Büchel und Joachim R. Frick: Immigrants in the UK and in West Germany – Relative Income Position, Income Portfolio, and Redistribution Effects. In: Journal of Population Economics, No. 17, 2004, S. 553–581.

Tabelle 4

Personen, die im Beobachtungsjahr und in den drei Jahren davor in Armut¹ lebten, 1998 bis 2003

In % der jeweiligen Gruppe

	Mehrheitsbevölkerung	Zuwanderer aus westlichen Ländern	Zuwanderer aus nichtwestlichen Ländern
1998	6	6	16
1999	6	6	13
2000	6	5	13
2001	9	10	13
2002	7	5	12
2003	8	8	18

Lesehilfe: 16 % der Zuwanderer aus nichtwestlichen Ländern lebten im Jahre 1998 und in den drei Jahren davor (1995–1997) in armen Haushalten.

¹ Bezogen auf das Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen des Vorjahres, neue OECD-Skala, gewichtet.

Quellen: SOEP 1998 bis 2003 (1998: ohne E-Stichprobe, 2000: ohne F-Stichprobe, 2002 und 2003: ohne G-Stichprobe); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

mehr als doppelt so häufig auf Dauer in Armut wie Zuwanderer aus westlichen Ländern. Zudem gab es im Jahre 2003 im Vergleich zu den vorherigen Jahren mehr Zuwanderer aus nichtwestlichen Ländern, deren Armutslage sich verfestigt hat (18 % gegenüber 12 % im Jahre 2002).

Vielfältige Ausgrenzung

Hinsichtlich einer nichtmonetären Unterversorgung gibt es zwischen Migranten und Einheimischen je nach Bereich große Unterschiede.¹² Für diejenigen, die oberhalb der Armutsgrenze leben (rechter Block in Tabelle 5), sind die Unterschiede in den Gesundheitsbereichen und in Bezug auf die Höhe der Wohnkosten zwischen beiden Gruppen marginal. Dies gilt auch für die Differenzen im Ausmaß der Betroffenheit von Langzeitarbeitslosigkeit. Dagegen führt ein Blick auf die Wohnsituation zu einem ganz anderen Ergebnis: Migranten leben – auch bei einem guten Einkommen – weit häufiger in beengten Wohnverhältnissen als die zur Mehrheitsbevölkerung zählenden Personen.¹³ Des Weiteren ist bei Zuwanderern die Belastung mit Konsumentenkrediten größer, und sie verfügen seltener über einen Berufsabschluss.

Die in Armut lebenden Zuwanderer weichen bei einer Reihe von Merkmalen von der in Armut lebenden Mehrheit ab (linker Block in Tabelle 5), wobei die größten Unterschiede wiederum bei der Bildung und der Wohnsituation zu finden sind.

Tabelle 5

Kumulation von Einkommensarmut¹ mit weiteren Unterversorgungslagen im Jahre 2003

Anteile der Betroffenen in %

	Personen in Armut		Personen, die nicht in Armut lebten	
	Mehrheitsbevölkerung	Zuwanderer	Mehrheitsbevölkerung	Zuwanderer
Unterversorgungslage				
Konsumentenkredite	21	19	13	24
Gesundheitliche Probleme	27	31	28	30
Behinderung, Pflegebedürftigkeit	4	5	4	3
Langzeitarbeitslosigkeit	18	18	4	6
Fehlender Berufsabschluss	20	32	6	11
Beengte Wohnsituation	10	34	5	24
Hohe Wohnkosten	60	55	31	33
Anzahl der Unterversorgungen				
0	14	7	40	27
1	35	33	37	34
2	33	30	17	24
3	15	21	5	14
4	3	6	1	2
5 und mehr	1	2	0	0

¹ Bezogen auf das Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen des Vorjahres, neue OECD-Skala, gewichtet.

Quellen: SOEP 2003 (ohne G-Stichprobe); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Während im Jahre 2003 rund 30 % der Zuwanderer in mindestens drei Lebensbereichen als „unterversorgt“ galten (nicht tabellarisch dargestellt), waren es bei den Einheimischen knapp 20 %. Generell zeigen die SOEP-Daten, dass das Armutsrisiko bei fehlendem Berufsabschluss besonders hoch ist – sowohl bei Einheimischen und als auch bei Zuwanderern. Knapp 40 % der Zuwanderer ohne Berufsabschluss im Alter von 25 bis 65 Jahren leben in Armut; bei den Einheimischen sind es 32 %. Langzeitarbeitslosigkeit und hohe Wohnkosten sind Problembereiche, die Zuwanderer und Einheimische, die in prekären Verhältnissen leben, gleichermaßen betreffen.

¹² Die diversen Ausgrenzungsindikatoren sind wie folgt definiert: Verschuldung: Haushalte mit Verpflichtungen aus Konsumentenkrediten, sofern das frei verfügbare Einkommen nach Abzug von Wohnkosten und Rückzahlungen die Niedrigeinkommensschwelle von 70 % des Medians der äquivalenzgewichteten Nettoeinkommen nicht übersteigt. Gesundheitliche Probleme: Personen im Haushalt, die ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand als „weniger gut“ oder „schlecht“ beschreiben. Behinderung/Pflegebedürftigkeit: Personen im Haushalt mit Behinderung oder Pflegebedürftigkeit. Langzeitarbeitslosigkeit: Personen im Haushalt, die im Vorjahr 12 Monate arbeitslos waren. Beengte Wohnsituation: Anzahl der Räume < Anzahl der Haushaltsmitglieder. Hohe Wohnkosten: $(\text{Wohnkosten} - \text{Wohngeld}) > 0,25 \cdot (\text{Haushaltsnettoeinkommen} - \text{Wohngeld})$.

¹³ Zum Zugang von Migranten zum Wohnungsmarkt vgl. Anita I. Drever und William A.V. Clark: Gaining Access to Housing in Germany: The Foreign Minority Experience. DIW-Diskussionspapier Nr. 283. Berlin 2002.

Integrationspolitische Schlussfolgerungen

Die Entwicklung der Einkommensarmut bei Zuwanderern und die damit einhergehende Erfahrung ökonomischer und sozialer Ausgrenzung in zentralen Lebensbereichen stellen für die deutsche Integrations- und Zuwanderungspolitik auf Dauer eine große Herausforderung dar.¹⁴ Ein Vergleich innerhalb der EU zeigt, dass die ökonomische Integration der Migranten in den meisten anderen Ländern weit erfolgreicher war als in Deutschland.¹⁵ Sowohl die Bildungs- und Beschäftigungssituation der Zuwanderer und ihrer Kinder als auch der Zugang zu bestimmten Positionen am Arbeitsmarkt stellen wichtige Einflussfaktoren hinsichtlich ihrer Einkommenslage und Armutsbetroffenheit dar.

Die hier vorgelegten Ergebnisse machen deutlich, dass insbesondere die älteren Zuwanderer mehr und mehr der Armut ausgesetzt sind, was zu sozia-

ler Isolierung und materieller Entbehrung führen kann. Besorgniserregend sind die Perspektiven vieler jüngerer „Zuwanderer“. Sie laufen Gefahr, aufgrund unzureichender Ausbildung allenfalls prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu finden und damit dauerhaft ökonomisch ausgegrenzt zu werden. Das Gefühl, nicht mithalten zu können, könnte sich – wie dies im Nachbarland Frankreich zu beobachten ist¹⁶ – in Frustration verwandeln und die gesellschaftlichen Probleme und Spannungen in Deutschland verschärfen.

14 Vgl. auch Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration: Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Nürnberg 2004, S. 19 ff.

15 Vgl. Felix Büchel und Joachim R. Frick: Immigrant's Economic Performance across Europe – Does Immigration Policy Matter. In: Population Research and Policy Review, 2005 (im Erscheinen).

16 Vgl. Ingrid Tucci: Konfliktuelle Integration? Die sozialen Konsequenzen der Lage der türkischen Bevölkerung in Deutschland und der nordafrikanischen in Frankreich. In: Berliner Journal für Soziologie, Nr. 3, 2004, S. 299–317.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Diskussionspapiere

Erscheinen seit 1989

Nr. 456

An Economic Analysis of Security Policies

Von Tilman Brück

November 2004

Nr. 457

What Causes Cross-Industry Differences of Technical Efficiency? An Empirical Investigation

Von Michael Fritsch und Andreas Stephan

November 2004

Nr. 458

Are Migrants More Skilled than Non-Migrants? Repeat, Return and Same-Employer Migrants

Von Jennifer Hunt

November 2004

Nr. 459

Gewinnen arbeitgeberseitige Entlassungen an Bedeutung?

Von Marcel Erlinghagen

November 2004

Nr. 460

European Labour Mobility: Challenges and Potentials

Von Klaus F. Zimmermann

November 2004

Nr. 461

Productivity and the Natural Rate of Unemployment

Von Jiri Slacalek

Dezember 2004

Nr. 462

Economic, Environmental and International Trade Effects of the EU Directive on Energy Tax Harmonization

Von Michael Kohlhaas, Katja Schumacher, Jochen Diekmann, Dieter Schumacher und Martin Cames

Dezember 2004

Nr. 463

Spillovers from Foreign Firms through Worker Mobility: An Empirical Investigation

Von Holger Görg und Eric Strobl

Dezember 2004

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere).



Hinweis auf eine Veranstaltung



DIW Berlin

Joint Lecture Watson Wyatt – DIW Berlin

Die Joint Lecture ist eine gemeinsame Veranstaltungsreihe des DIW Berlin und dem internationalen Consulting-Unternehmen Watson Wyatt Worldwide zur Rentenpolitik. Sie findet einmal jährlich statt.

Joint Lecture 2005

Die nächste Joint Lecture findet statt am Mittwoch, 16. Februar 2005, 12.00 bis 14.00 Uhr.

Vortragende ist Professor Alicia H. Munnell. Sie ist Direktorin am Center of Retirement Research und lehrt an der Carroll School of Management am Boston College, USA. Professor Munnell hat die Peter F. Drucker-Professur für Management Sciences. Sie trägt vor zum Thema „Coming Up Short: Lessons from US Private Pensions for Germany“.

Veranstaltungsort

Max-Liebermann-Haus
Pariser Platz 7
10117 Berlin-Mitte

Kontakt und Anmeldung

Die Teilnahme ist mit einer persönlichen Einladung verbunden. Wenn Sie gerne an unserer Veranstaltung teilnehmen möchten, wenden Sie sich bitte an

Ralf Messer
DIW Berlin
Stabsabteilung Information und Organisation
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin
Tel. +49 - 30 - 897 89-569
E-Mail: rmesser@diw.de

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dr. habil. Björn Frank
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 - 30 - 897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88 *dtms/12 Cent./min.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin